

Schwäbische Zeitung



Betriebsrat fordert Testzentrum bei ZF
Bei Rolls Royce Power Systems gibt es bereits zwei Zentren. Seite 13

Neues Baugebiet in Hirschlatt geplant
Auf rund drei Hektar sollen bis zu 150 Wohneinheiten entstehen. Seite 14



Mo.-Fr. € 2,20 | Sa. € 2,40

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR CHRISTLICHE KULTUR UND POLITIK

Montag, 6. Dezember 2021

2022
E-Paper-Abonnenten erhalten ihre Wertmarke mit Südmilch.
Nur noch 3 Tage!
Die neue Wertmarke für Ihre AboKarte liegt am 09.12. der Zeitung bei.

Kretschmann will bis 2026 regieren

HEIDENHEIM (kab) - Trotz parteiinternen Diskussionen um seine Nachfolge will Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann sein Amt bis zum Ende der Wahlperiode behalten. Er sei bei der Landtagswahl im März für fünf Jahre angetreten und wolle sein Wort auch halten, sagte der 73-Jährige beim Grünen-Landesparteitag in Heidenheim. Dort wählten die Grünen mit Lena Schwelling (29) und Pascal Hagenmüller (33) eine neue Landesspitze. LEITARTIKEL/SEITE 2

Freiburg demütigt Gladbach beim 0:6

MÖNCHENGLADBACH (dpa) - Borussia Mönchengladbach hat ein historisches Debakel in der Fußball-Bundesliga erlebt. Das Team von Trainer Adi Hütter wurde im heimischen Stadion vom SC Freiburg beim 0:6 (0:6) am Sonntag vorgeführt. Nach Angaben des Statistik-Dienstleisters Opta war es für Gladbach der größte Rückstand in einem Bundesligaspiel zur Pause. Die Breisgauer schossen bei ihrem höchsten Bundesligasieg als erstes Team der Ligageschichte in einem Auswärtsspiel fünf Tore innerhalb der ersten 25 Minuten. Der VfB Stuttgart spielte zu Hause 2:2 gegen Hertha BSC. SEITE 22

Gewinnzahlen

Lottozahlen 1, 9, 31, 40, 44, 46
Superzahl 7

Spiel 77 0 0 1 9 0 8 1

Super 6 7 9 3 8 8 8

48. Ausspielung / Ohne Gewähr

Wetter

0° bis 4°C
Wechselhafte Wetterwoche



Weitere Aussichten:

Zunehmend dominieren Wolken und es fällt öfter Schnee

Nr. 282 | B 6203



Gewerbliche Anzeigen 0751 / 29 55-0
Private Anzeigen 0751 / 29 555 444
AboService 0751 / 29 555 555
Ticket Service 0751 / 29 555 777



Nicht wie alle Jahre



Nach einer Zwangspause vergangenes Jahr haben Nikoläuse wieder Familien und Kinder in der Region besucht. Allerdings nur, wenn die Herren geimpft oder genesen sind, wie die Nikolausgilde Friedrichshafen erklärte. Was übrigens auch für Knecht Ruprecht gilt. (Foto: Felix Kästle/dpa)

Impfpflicht rückt näher

Sondersitzung im Bundestag – Aufmarsch von Gegnern empört – Sorge um Radikalisierung

BERLIN (dpa/epd/mö) - Angesichts der dramatischen Corona-Lage rückt die seit Tagen diskutierte Impfpflicht näher. So sollen im Bundestag mit zwei Extrasitzungen diese Woche weitere Corona-Neuregelungen beraten und beschlossen werden, wie es aus Kreisen der künftigen Ampel-Koalitionsfraktionen hieß. Dabei geht es um eine geplante Impfpflicht für Personal in Einrichtungen mit Risikogruppen, etwa Pflegeheimen – angepeilt wird als Zieldatum, dass bisherige Beschäftigte bis Mitte März 2022 vollständig geimpft sein

müssen. Außerdem sollen über Ärzte hinaus auch zeitlich befristete Impfberechtigungen etwa für Apotheker, Tier- und Zahnärzte geregelt werden.

Bundesweit im Blick steht auch eine allgemeine Impfpflicht, über die der Bundestag voraussichtlich ohne Fraktionsvorgaben entscheiden soll. Über den Zeitplan dürfte aber weiter zu diskutieren sein. Eine allgemeine Impfpflicht unterstützen fast zwei Drittel der Bürger, wie eine Umfrage des Instituts YouGov ergab. In der Debatte sind auch Warnungen vor ei-

ner weiteren Radikalisierung der Impfgegner laut geworden. Entsetzen hatte am Wochenende ein Fackelaufmarsch mutmaßlich rechtsextremem Gegner der Corona-Schutzmaßnahmen vor dem Wohnhaus der sächsischen Gesundheitsministerin Petra Köpping (SPD) ausgelöst. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sprach in der „Bild am Sonntag“ von „organisierter Einschüchterung einer staatlichen Repräsentantin“, die ihn an „dunkelste Kapitel“ deutscher Geschichte erinnere. Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Thomas Strobl (CDU), sagte, nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes sei davon auszugehen, dass „eine Impfpflicht die aggressive Haltung der ‚Querdenker‘-Bewegung noch verstärkt“.

Neben befürwortenden Stimmen einer allgemeinen Impfpflicht wurden am Wochenende auch ethische Bedenken geltend gemacht. So plädierte der Ulmer Mediziner Florian Steger im Interview mit der „Schwäbischen Zeitung“ für eine moralische anstatt einer gesetzlichen Impfpflicht. SEITEN 2, 3, 4

Zustimmung für Ampel

Mehrheiten bei FDP und SPD – Lindner sieht „Aufbruch“

BERLIN (dpa) - Die FDP hat den mit SPD und Grünen ausgehandelten Koalitionsvertrag mit großer Mehrheit angenommen – damit rückt die erste Ampel-Koalition auf Bundesebene ein weiteres Stück näher. Bei einem digitalen Parteitag gab es am Sonntag 535 Ja- und 37 Neinstimmen sowie acht Enthaltungen. Die FDP errechnete daraus eine Zustimmung von 92,24 Prozent. Zuvor hatte am

Samstag schon ein SPD-Parteitag den Vertrag mit mehr als 98 Prozent angenommen. An diesem Montag wird das Ergebnis der Grünen-Urabstimmung erwartet.

FDP-Chef Christian Lindner warb vehement für den Koalitionsvertrag: „Ich bin überzeugt davon: Dieses Land wird von dieser Koalition profitieren, ein neuer Aufbruch in Deutschland ist möglich.“ SEITE 4

Kritische Lage in der Ukraine

Biden und Putin wollen über Truppenbewegungen reden

BERLIN (dpa/clak) - Inmitten wachsender Spannungen im Ukraine-Konflikt werden Russlands Staatschef Wladimir Putin und US-Präsident Joe Biden am Dienstag bei einem Online-Gipfel miteinander reden, das bestätigten beide Seiten.

Die Lage zwischen der Ukraine und Russland hat sich nach Berichten über einen massiven russischen Truppenaufmarsch nahe der ukrai-

nischen Grenze verschärft. Laut Nato sind mehr als 90 000 Soldaten vor Ort. Der Kreml wiederum wirft der Ukraine vor, mehr als 120 000 Soldaten verlegt zu haben. Agnieszka Brugger, Verteidigungsexpertin der Grünen, sagte der „Schwäbischen Zeitung“, ein Angriff auf die Ukraine würde harte Konsequenzen nach sich ziehen. „Das halte ich an dieser Stelle auch für richtig.“ SEITE 5

Unterm Strich

Von Tierchen und Fossilien

Aus gegebenem Anlass wollen wir uns zunächst einmal ein wenig um die Tierwelt kümmern. Da wäre beispielsweise Raphidioptera, zu deutsch die Kamelhalsfliege. Es sind 250 Arten dieses Tierchens bekannt. Eine davon hört auf den Namen Schwarzhalsige Kamelhalsfliege (Foto: McPhoto/Imago Images), korrekt: Venustoraphidia nigricollis. Die ist soeben von der Frankfurter Senckenberg-Gesellschaft für Naturforschung zum Insekt des Jahres 2022 ernannt worden. Warum? Das geht aus der Mitteilung nicht richtig hervor, wir



können nur Mutmaßungen anstellen. Angeblich hat die Fliege schon zu Dinosaurierzeiten ihr Wesen getrieben, sie geht deshalb als gut integriert durch und stört auch nicht weiter. Die Ernennungsurkunde hat sie sich wohl verdient, weil sie als lebendes Fossil gilt. Allerdings können wir guten Gewissens behaupten, dass wir im Leben noch nie eine Schwarzhalsige Kamelhalsfliege benötigt haben.

Das trifft auch auf die Quagga-Muschel zu, welche als Invasorin gilt und unter anderem den Bodensee unsicher macht. Uns wäre die Ja-

kobsmuschel oder die gemeine Miesmuschel lieber gewesen, weil beide im Unterschied zum Quagga-Vieh wenigstens zum Verzehr geeignet sind. Egal: In gut zwei Millionen Jahren wird auch die Quagga-Muschel zum Fossil mutiert sein.

Apropos Fossilie: Von denen gibt es selbstverständlich auch menschliche. Sie ernähren sich vor allem im Südwesten Deutschlands von den Lehren ihres Anthroposophie-Idols Rudolf Steiner und fristen ihr Dasein gern als „Querdenker“ und Impfgegner. Wenn sie das Wort Impfpflicht hören, verfallen sie in Schnappatmung und laufen puterrot an. (vp)

untermstrich@schwaebische.de

Kommentar

Von Kara Ballarin



Grüne Schwäche auf dem Land

Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung: Dieses Sprichwort sollen schon die von Ministerpräsident Winfried Kretschmann so verehrten Griechen in der Antike gebraucht haben. Den ersten Schritt sind die Grünen am Samstag also gegangen. Sie haben offenbar eingesehen, dass sie im ländlichen Baden-Württemberg wenig ankommen. Wenn sie diesen Missstand nicht bald bessern, kann ihnen das spätestens 2026 zum Verhängnis werden.

Drei Oberbürgermeister, vier Bürgermeister und eine Bürgermeisterin: Die Verankerung der Grünen in kommunaler Verantwortung ist mehr als überschaubar. In Freiburg haben sie 2018 den Chefsessel im Rathaus abgeben müssen, in Stuttgart im vergangenen Jahr – und ihres Provokateurs Boris Palmer in Tübingen würden sie sich nur zu gerne entledigen. In der Hälfte der Gemeinderäte im Land ist die Partei gar nicht vertreten. Den Südwest-Grünen fehlt eine kommunale Verwurzelung.

Vor allem dort, wo sie es nicht sind, haben viele Menschen vor ihnen Angst. Wollen die das Auto verbieten? Sprit und Strom teurer machen? Landwirte drangsalieren? Und wissen die überhaupt, wie das Leben auf dem Land ist? Es scheint, als hätten die Grünen mit Ideen wie der Förderung von Lastenfahrern oft eine rein städtische Brille auf.

Stärkste Partei sind sie bei den letzten beiden Landtagswahlen trotzdem geworden, weil ihr Mann fürs Regieren Winfried Kretschmann heißt, im ländlichen Laiz wohnt und völlig schamlos erklärt, dass er natürlich einen Diesel fahre. Bis zum Ende seiner Amtszeit 2026 wolle er regieren, hat Kretschmann nun unmissverständlich betont. Diese Zeit müssen die Südwest-Grünen dringend nutzen, um sich ländlich sowie kommunal stärker zu verankern. Tun sie das nicht, werden sie bei der nächsten Landtagswahl feststellen, dass sie weniger die Baden-Württemberg-Partei sind, als die sie sich selbst so gerne bezeichnen, sondern vielmehr eine Winfried-Kretschmann-Partei waren.

k.ballarin@schwaebische.de

ANZEIGE

MEINE ARBEITS-BEDINGUNGEN SIND ALLES ANDERE ALS PERFEKT.

ABER ICH MACHE VIELE MENSCHEN FROH!

Wir arbeiten an besseren Arbeitsbedingungen und daran, dass du im Job froh bist

www.menschlich-ehrlich.de
#komminteam



St. Elisabeth-Stiftung

menschlich ehrlich

